

Medienmitteilung der Klima-Allianz Schweiz

Über 60'000 Menschen fordern: SNB, raus aus Fracking

18.12.2023 - Heute Morgen reichten Aktionär:innen der Schweizerischen Nationalbank zusammen mit der Organisation Ekö die Unterschriften von 60'000 Menschen am Hauptsitz der SNB in Zürich ein. Diese fordern mit einer Petition, dass die SNB nicht mehr in Frackingunternehmen investiert. Aktuell investiert die SNB rund 9 Milliarden US-Dollar in Unternehmen, welche Fracking betreiben, obwohl eine Mehrheit der Kantone gegen diese Praxis ist.

- Über 60,000 Menschen unterzeichneten eine Petition, welche von der SNB fordert, dass sie nicht mehr in Frackingunternehmen investiert. Diese Petition wurde als Reaktion auf die Publikation eines Rechercheberichts zu den Investitionen der SNB in Frackingunternehmen lanciert.
- Die Petition wurde am 18. Dezember beim Sitz der Schweizerischen Nationalbank in Zürich von Aktionär:innen der SNB und der Organisation Ekö überreicht.
- Die wichtigsten Erkenntnisse des Berichts:
 - Neun Kantone haben Fracking verboten oder ein Moratorium dagegen erlassen. Fünf weitere haben sich ebenfalls gegen Fracking positioniert.
 - Die SNB, welche sich mehrheitlich im Besitz der Kantone befindet, investiert rund neun Milliarden US-Dollar in 69 Unternehmen, welche Fracking betreiben oder durch Fracking gewonnenes Öl oder Gas fördern. Die Investitionen haben seit Beginn des Kriegs in der Ukraine einen neuen Höchststand erreicht.
 - Die SNB ist alleine durch ihre Investitionen in Fracking für Treibhausgasemissionen von rund 7 MtCO₂e pro Jahr verantwortlich. Die Emissionen sind dabei höher als jene der gesamten Schweizer Landwirtschaft.
- Link zum Bericht und der Petition:
<https://www.unsere-snb.ch/2023/11/20/investitionen-der-snb-in-fracking/>
- Link zu Bildern der Aktion (verfügbar am 18.12. ab 10.30 Uhr):
<https://flic.kr/s/aHBqjB6Dzk>

Lautstark forderten Aktionär:innen der SNB heute Morgen, dass die SNB nicht länger in Unternehmen investiert, welche mit der umwelt- und klimaschädlichen Frackingtechnologie Öl und Gas fördern. Sie vertreten dabei zusammen mit der Petitionsplattform Ekö über 60'000 Personen, welche von der SNB konsequentes klimapolitisches Handeln einfordern.

Die Klimaaktionär:innen der SNB machten bereits im April durch eine starke Präsenz an der Generalversammlung der SNB auf sich aufmerksam.

Martin Winter, Aktionär der SNB, Informatik-Ingenieur und Unternehmer, meint: "Ich wohne im Kanton Zürich. Hier ist Fracking seit diesem Sommer verboten, weil die Gefahr für die Umwelt und unsere Gesundheit, sowie die Auswirkungen auf die Erderhitzung zu gross sind. Die Kantone, die Bevölkerung und wir als Aktionär:innen der SNB wollen kein Fracking, weder in der Schweiz noch sonst wo. Die SNB sollte sich an diesen Werten orientieren und nicht mehr in Frackingunternehmen investieren."

Die Resonanz auf die Veröffentlichung des Berichts war gross: Innert kürzester Zeit unterzeichneten über 60'000 Menschen die Petition. Daphne Cronin von Ekö, Mitinitiatorin der Petition, stellt fest: "Über 60'000 Menschen fordern die Schweizerische Nationalbank auf, nicht mehr in Frackingunternehmen zu investieren, die den Menschen und dem Planeten irreparablen Schaden zufügen. Fracking ist mit Menschenrechtsverletzungen verbunden: Indigene Völker werden ihres Landes beraubt und ihre Böden vergiftet. Als einer der größten Investorinnen der Welt muss die SNB endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und alle Investitionen beenden, die diese Zerstörung ermöglichen."

Systematische Umweltzerstörung, Verletzung der Menschenrechte, Gesundheitsschäden und steigende Treibhausgasemissionen durch Fracking

Fracking ist eine unkonventionelle Fördermethode von Öl und Gas, bei welcher Chemikalien und Wasser in den Untergrund gepumpt werden. Die Recherchen der SNB-Koalition zeigen, dass die SNB aktuell 9 Mia. USD in Frackingunternehmen investiert und die Nationalbank allein durch die Frackingaktivitäten für mehr Emissionen pro Jahr verantwortlich ist als die gesamte Schweizer Landwirtschaft.

Zahlreiche Berichte aus Frackinggebieten zeigen auf, wie die Frackingaktivitäten zu einer Verschmutzung des Grundwassers, einer Verunreinigung der Luft und einem Verlust an Biodiversität führt. Ausserdem verursacht Fracking massive Gesundheitsprobleme wie ein erhöhtes Krebsrisiko, Atemwegserkrankungen, starke Hautausschläge, Entkalkung der Knochen und mehr Frühgeburten.

Jonas Kampuš, Autor des Berichts, meint: "Die SNB ist völkerrechtlich und unter dem von der Schweizer Bevölkerung deutlich angenommenen Klimaschutzgesetz verpflichtet, ihre Finanzflüsse klimafreundlich auszurichten. Mit ihren Investitionen in klimaschädliche Frackingunternehmen heizt die SNB die Klimakrise weiter an."

Kontakt

Jonas Kampuš
Verantwortlicher SNB und Finanzmarktregulierung
[+41 79 894 41 88, jonas.kampus@klima-allianz.ch]